



Teurer wohnen

Wohnungsmarkt. Der Immobilienmarkt ist angespannt: Durchschnittsverdiener können sich in Deutschland laut einer IW-Studie vielerorts immer weniger Wohnfläche als Mieter leisten. Besonders problematisch ist der Wohnungsmarkt derzeit für Studenten. Denn kleine Studentenbuden und WG-Zimmer sind im Schnitt noch teurer geworden als normale Wohnungen. Und auch die Preise für Eigentumswohnungen ziehen an, besonders in den größten deutschen Städten. Gleichwohl legten sich 2021 wieder etwas mehr Bundesbürger Eigentum zu als 2020. —> [Seiten 2-7](#)

IW-Konjunkturprognose

Die deutsche Wirtschaft treibt auf eine Rezession zu. Erst ab Mitte des Jahres 2023 ist wieder mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung zu rechnen.

—> [Seiten 8-9](#)

Internetplattformen

Acht von zehn Teilnehmern des Schülerfirmenprogramms JUNIOR finden, dass Regierungen die großen Plattformunternehmen strenger kontrollieren sollten.

—> [Seite 11](#)

Leben auf kleinerem Fuß

Wohnungsmarkt. *Bezahlbarer Wohnraum ist in Deutschland ein knappes Gut. Dadurch steigen seit Jahren die Mieten. Wie viele Quadratmeter sich ein Durchschnittsverdiener von seinem Lohn hierzulande noch leisten kann, hat das IW nun in einer Studie analysiert. Das Ergebnis ist durchwachsen.*

Zu klein, zu teuer oder schon vergeben – die Wohnungssuche ist vielerorts zu einer echten Herausforderung geworden. Ein zu geringes Angebot und eine hohe Nachfrage trieben vor allem in Ballungszentren die Mietpreise nach oben. Wie groß die Mietbelastung unterm Strich aber wirklich ist, hängt von der Höhe des Einkommens der Mieter ab. Schließlich steigen ja nicht nur die Mieten, sondern auch die Löhne.

Um die Erschwinglichkeit von Wohnraum in Deutschland zu messen, hat das IW berechnet, wie viele Quadratmeter sich ein Singlehaushalt in den Städten und Gemeinden mit einem Durchschnittseinkommen leisten kann, wenn dafür maximal 25 Prozent des Nettolohns für die Kaltmiete ausgegeben werden. Das Ergebnis ist eindeutig:

Zwischen 2018 und 2021 ist Wohnraum, gemessen an der Entwicklung des Durchschnittseinkommens, in fast 75 Prozent der Kreise weniger erschwinglich geworden – Mieter können sich also immer weniger Wohnraum leisten.

Verschlechtert hat sich die Lage für Mieter in manchen süddeutschen und brandenburgischen Kreisen, günstiger ist das Wohnen dagegen in einigen anderen ostdeutschen Regionen geworden. Der negative Spitzenreiter liegt im Bundesland Bayern (Grafik):

Der mit Abstand teuerste Standort für Mieter ist die Stadt München: Dort konnte sich ein Durchschnittsverdiener 2021 nur 36 Quadratmeter Wohnraum leisten.

Der zweitteuerste Standort ist der Landkreis München – zudem befinden sich unter den Top Ten der teuersten Kreise in Deutschland noch fünf weitere aus dem Umkreis der bayerischen Landeshauptstadt. Auf Platz drei landet Freiburg im Breisgau; Frankfurt am Main und Offenbach finden sich auf den Rängen sechs und sieben wieder.

Besonders günstig lebt es sich in der nordrhein-westfälischen Stadt Höxter, im Landkreis Südwestpfalz oder in Holzminden – dort konnte sich ein Einpersonenhaushalt 2021 für 25 Prozent seines Nettolohns rein rechnerisch eine Wohnung zwischen 98 und 102 Quadratmetern leisten.

Doch wie sieht es mit Menschen aus, die weniger als der Durchschnitt verdienen? Geringverdiener – also jene, die zu den 20 Prozent der einkommensschwächsten Haushalte in Deutschland gehören – haben es am Wohnungsmarkt oft besonders schwer.

In München konnte sich ein Geringverdiener 2021 rein rechnerisch nur noch eine rund 21 Quadratmeter kleine Wohnung leisten, im niedersächsischen Holzminden waren es 90 Quadratmeter.

In den Großstädten jenseits von München sieht die Lage derweil anders aus. Zwar sind die Mieten auch in Berlin, Hamburg, Köln und Frankfurt in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen und der Wohnungsmarkt ist entsprechend angespannt. Dennoch konnten sich Durchschnittsverdiener 2021 in fünf von sieben Großstädten etwas mehr Quadratmeter leisten als noch 2018. So bekommen sie in Hamburg 48 Quadratmeter für 25 Prozent ihres Nettolohns, in Berlin sind es rund 55 und in Düsseldorf sogar 57 Quadratmeter. Eine ähnliche Verteilung ergibt sich bei den Geringverdienern. Verhältnismäßig gut ist die Lage für Menschen mit wenig Einkommen in der Bundeshauptstadt:

Die Quadratmeterzahl, die sich Geringverdiener in Berlin leisten konnten, stieg von 2018 bis 2021 um 25 Prozent.

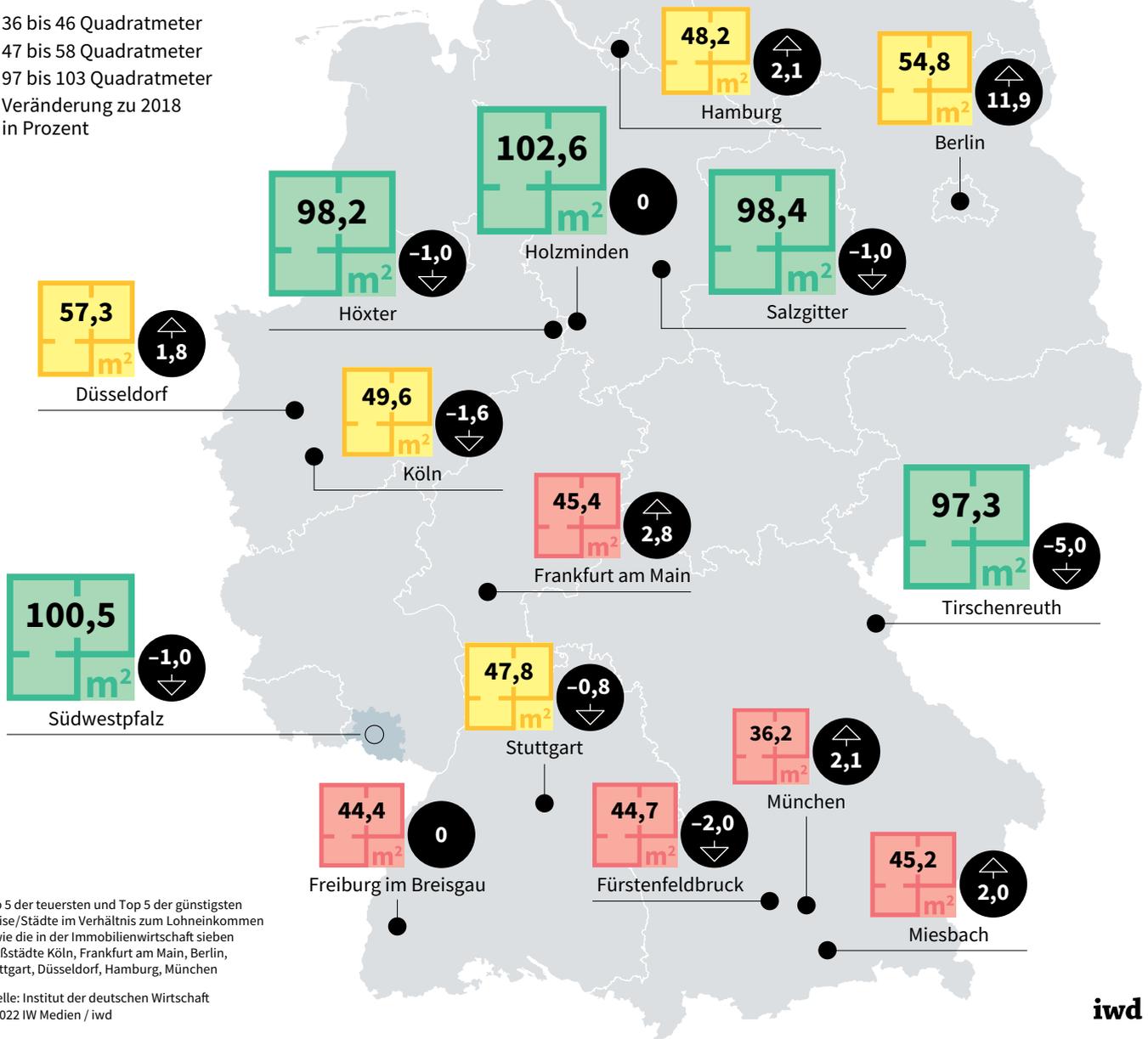
Allerdings sind die Werte für Berlin noch immer durch den Mietendeckel verzerrt, der 2021 vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt wurde. Seitdem werden die Preise nach und nach angepasst, sodass es dort wieder schwieriger werden könnte, erschwinglichen Wohnraum zu finden.

Dass sich die Lage für Mieter in den Großstädten im Gegensatz zu den Kreisen nicht verschlechtert hat, liegt zum einen an den dort stärker gestiegenen Löhnen. Andererseits ist

Teures Wohnen

So viele Quadratmeter konnte sich ein Durchschnittsverdiener in Deutschland 2021 leisten, wenn er 25 Prozent seines Nettoeinkommens für die Miete aufwenden konnte

- 36 bis 46 Quadratmeter
- 47 bis 58 Quadratmeter
- 97 bis 103 Quadratmeter
- Veränderung zu 2018 in Prozent



Top 5 der teuersten und Top 5 der günstigsten Kreise/Städte im Verhältnis zum Lohneinkommen sowie die in der Immobilienwirtschaft sieben Großstädte Köln, Frankfurt am Main, Berlin, Stuttgart, Düsseldorf, Hamburg, München

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2022 IW Medien / iwd

die Zahlungsfähigkeit vieler Haushalte vermutlich so weit ausgeschöpft, dass die Mieten in diesen Städten nicht mehr so leicht steigen können.

Vor allem Letzteres wird künftig einen großen Effekt auf die Er-schwinglichkeit von Wohnraum haben. Aufgrund der Energiekrise könnten die Heizkosten für Gas im laufenden Jahr um rund 65 Cent je Quadratmeter steigen. Gleichzeitig steigen die Löhne derzeit nicht so schnell wie die Verbraucherpreise.

Wohnungssuchende werden als Folge kleinere Wohnungen bevorzugen, was die Preise in diesem Segment steigen lässt. Große Wohnungen und unsanierte Einfamilienhäuser werden dagegen an Attraktivität einbüßen.

Da in Großstädten ein Ausweichen auf kleinere Wohnungen kaum mehr möglich ist, dürfte sich die Mietdynamik dort so verschlechtern, dass viele Menschen nicht mehr umziehen können. Das betrifft vor allem

junge Erwerbstätige, Studenten und Familien mit kleinen Kindern. Als Konsequenz ist mit einer zunehmenden Überbelegung von Wohnungen zu rechnen – ein Negativtrend, der auch schon in den vergangenen Jahren zu beobachten war.

IW-Kurzbericht 79/2022

Pekka Sagner, Julia Sprenger, Michael Voigtländer: Wohnung mieten: wo es zunehmend (un)erschwinglich ist iwkoeln.de/teures-wohnen

Wer kann das noch zahlen?

Wohnungsmarkt. Ein WG-Zimmer oder eine kleine Wohnung zu finden, war für Studenten noch nie einfach. In diesem Jahr ist es kurz vor Semesterbeginn aber besonders problematisch geworden: Denn die Preise für die wenigen Zimmer, die derzeit auf dem Markt angeboten werden, sind so hoch wie nie zuvor.

Während die Mieten für Studentenbuden im vergangenen Jahr vielerorts stagnierten oder sogar sanken, ist dieser pandemiebedingte Effekt nun wieder verpufft: An allen 38 untersuchten Hochschulstandorten sind die Mietpreise gegenüber dem Vorjahr gestiegen, das zeigt der MLP Studentenwohnreport 2022. Im Schnitt zogen die Nettokaltmieten für Studentenbuden um 5,9 Prozent an, WG-Zimmer verteuerten sich sogar um 9,4 Prozent.

Damit kostet eine 30-Quadratmeter-Wohnung in Uni-Nähe in den teuersten deutschen Städten München und Stuttgart mittlerweile mehr als 780 Euro im Monat. In Berlin wohnen angehende Akademiker nur wenig günstiger. Und der Trend ist dort besonders unerfreulich (Grafik):

In der deutschen Hauptstadt gab es vom zweiten Halbjahr 2021 bis zum Ende des ersten Halbjahres 2022 mit 18,5 Prozent den bundesweit höchsten Mietanstieg für Studentenwohnungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Zweistellige Zuwachsraten verzeichneten auch Greifswald, Rostock, Leipzig, Heidelberg, Kiel und Bremen. Am wenigsten legten die Mieten noch in Freiburg, Frank-

furt am Main und Darmstadt zu – allerdings ist das Preisniveau in diesen Städten bereits hoch. So waren die Mieten in Freiburg im vergangenen Jahr trotz Corona-Pandemie um 6 Prozent gestiegen.

Vergleichsweise gut kommen die Studenten im Osten Deutschlands weg: In der günstigsten Hochschulstadt Chemnitz kostet eine 30 Quadratmeter große Wohnung im Schnitt 224 Euro, in Magdeburg sind es 303 Euro und in Leipzig zahlen Studenten einen ebenfalls noch moderaten Preis von 383 Euro.

Das bundesweite Gefälle könnte damit kaum größer sein:

Zwischen dem teuersten Hochschulstandort München und dem günstigsten Standort Chemnitz besteht bei den Wohnungsmieten für Studenten eine Differenz von 563 Euro monatlich.

Doch nicht nur ostdeutsche Universitätsstädte sind relativ günstig, auch in einigen westdeutschen Städten wie Bochum, Saarbrücken und Bielefeld liegt die monatliche Miete für eine studentische Musterwohnung bei unter 450 Euro.

Trotzdem steht vielen Studenten das Wasser buchstäblich bis zum Hals. Denn es sind nicht nur die teils

unbezahlbaren Mieten, die die angehenden Akademiker belasten; auch die steigenden Energie- und Lebensmittelkosten treffen diese Gruppe besonders hart. Wer ohnehin schon wenig Geld und kaum Ersparnisse hat, dessen Budget geht leicht genau dafür drauf: Miete, Nebenkosten und Essen.

Zwar war die kürzlich beschlossene Erhöhung des Bafög-Satzes ein Schritt in die richtige Richtung, doch hilft sie Studenten angesichts steigender Mieten und hoher Inflation nur wenig:

Mit dem neuen Wohngeldsatz von 360 Euro können sich Studenten eine 30-Quadratmeter-Wohnung rein rechnerisch gerade mal in zwei der 38 untersuchten Hochschulstädte leisten: in Chemnitz und in Magdeburg.

Selbst mit dem Bafög-Höchstsatz, der in diesem Wintersemester von 861 auf 934 Euro steigt, kann ein Student in Städten wie München, Köln oder Frankfurt kaum seinen gesamten Unterhalt bestreiten. Und jene, die den Höchstsatz erhalten, haben eben nicht die Möglichkeit, sich mit einer zusätzlichen Finanzspritze der Eltern über Wasser zu halten.

Zwar schließt das Entlastungspaket der Bundesregierung auch Studenten ein – allerdings wird die beschlossene Einmalzahlung von 200 Euro wohl frühestens Anfang Januar fließen. Unbeantwortet ist dabei vor allem die Frage, wie die drei Millionen Betroffenen möglichst schnell und unbürokratisch an ihr Geld kommen.

Abgesehen davon ist aber auch diese Sonderzahlung nur ein Tropfen auf den heißen Stein und hilft nur kurzfristig. Damit bald nicht viele Studenten ohne Wohnung dastehen oder sogar gezwungen sind, aus finanziellen Gründen ihr Studium abzubrechen, muss die Bundesregierung das Bafög nicht nur weiter erhöhen, sondern auch den Kreis der

Berechtigten ausweiten. Bislang werden weniger als 20 Prozent der Studenten finanziell vom Staat unterstützt.

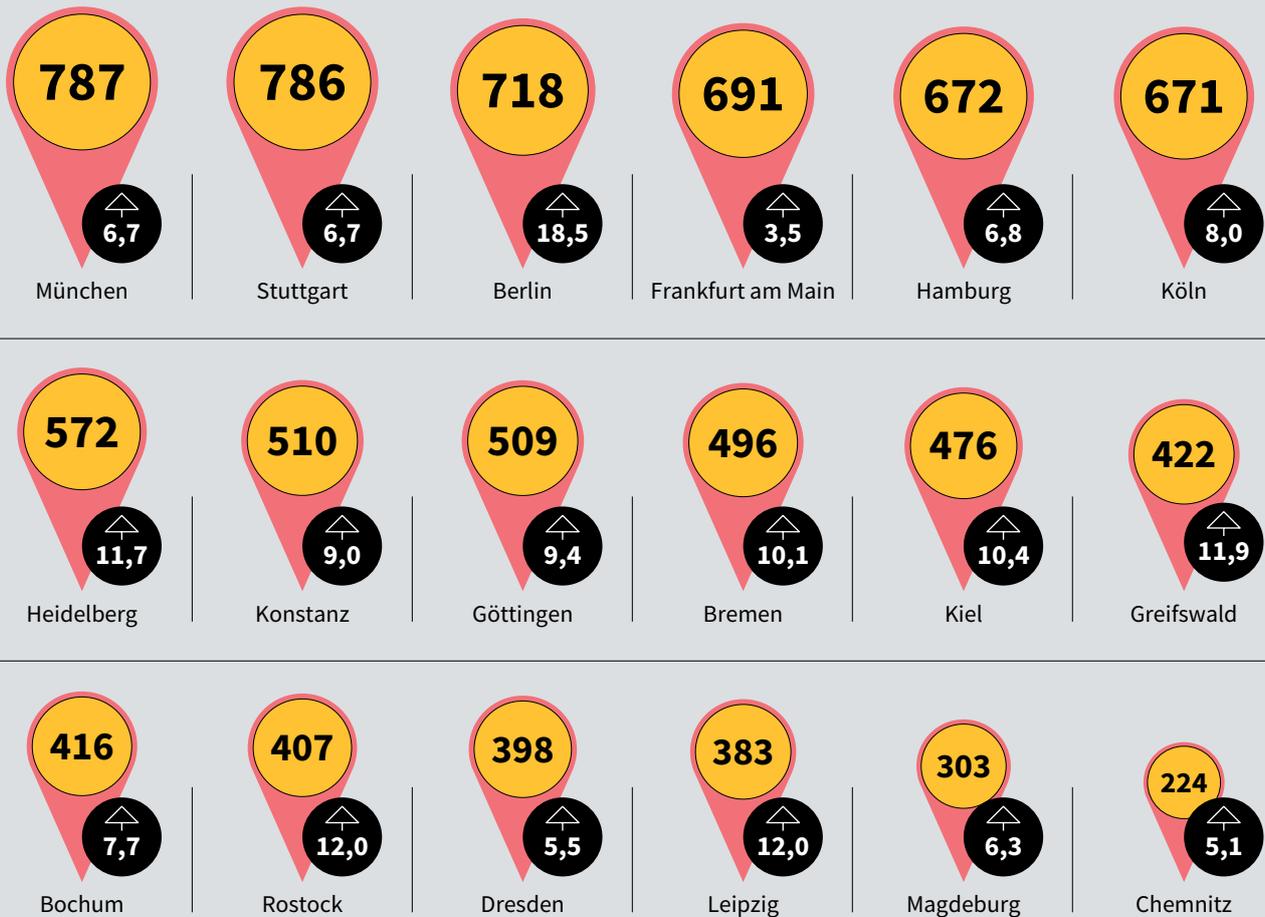
IW-Gutachten

Christian Oberst, Michael Voigtländer:
MLP Studentenwohnreport 2022
iwkoeln.de/studentenwohnreport2022

Studentenbuden: Mieten steigen weiter

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung in ausgewählten deutschen Unistädten im ersten Halbjahr 2022 in Euro

■ Anstieg des Studentenwohnpreisindex vom zweiten Halbjahr 2021 bis zum Ende des ersten Halbjahres 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Prozent



Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnstationen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent
Studentenwohnpreisindex: stellt die Mietpreisentwicklung der Nettokaltmieten von studentischen Wohnungen dar

Quellen: MLP Gruppe, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

Große Stadt, gefragter Wohnraum

Wohnungsmarkt. Nach einem zurückhaltenden ersten Pandemiejahr 2020 kauften die Bundesbürger 2021 wieder mehr Wohnungen in den 80 bevölkerungsreichsten Städten Deutschlands. Besonders in Berlin, München und Hamburg ist Wohneigentum gefragt – und entsprechend teuer. Die Eigentumsquote stagniert dennoch.

Deutschland, Land der Mieter? Die Zahlen sprechen dafür: Nur knapp 46 Prozent aller Haushalte besaßen 2020 Wohneigentum. Das ist die niedrigste Quote in der EU. In Spanien und Italien beispielsweise leben mehr als 70 Prozent der Haushalte in ihren eigenen vier Wänden.

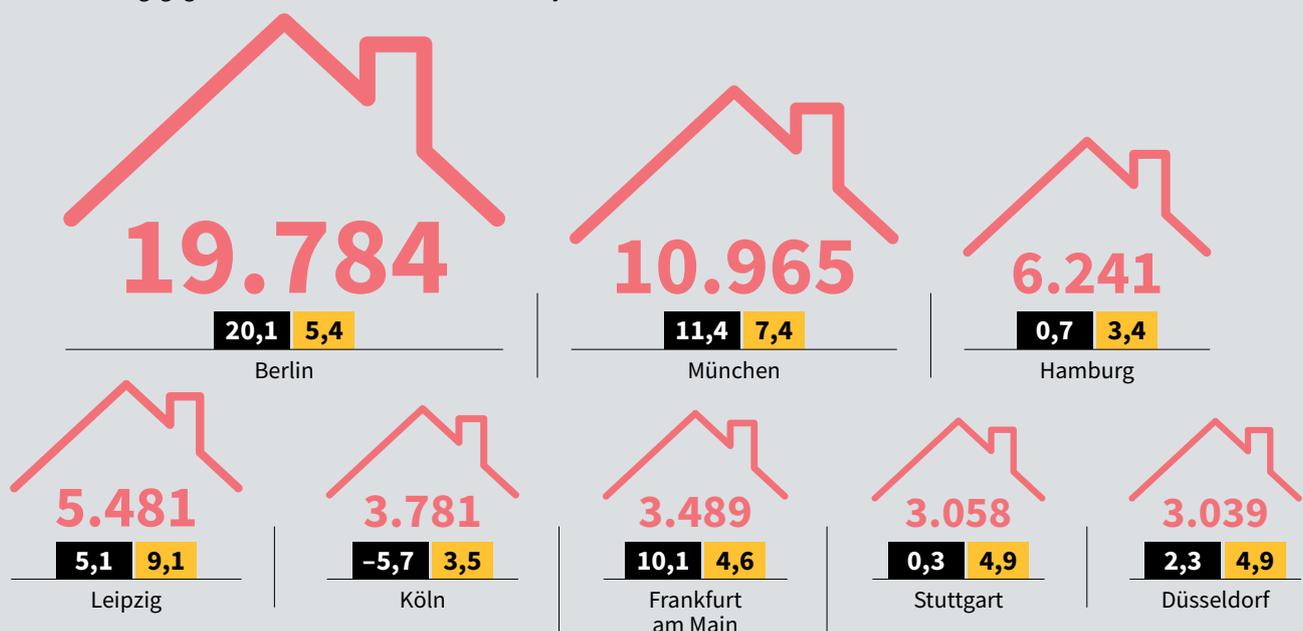
Und mehr Grundbesitzer werden es hierzulande wohl erst mal auch nicht. Seit 2011 ist die Wohneigentumsquote nur um 0,3 Prozentpunkte gestiegen. Vor allem Jüngere besitzen immer seltener Eigentum: Zwischen 2011 und 2020 sank der Anteil der 35- bis 44-jährigen Wohneigentümer von 42 auf 37 Prozent.

Stillstand im Wohnimmobilienmarkt gibt es dennoch nicht. Das zeigt der neue Wohneigentumsreport, in dem das Institut der deutschen Wirtschaft für die Accentro Real Estate AG alle Wohneigentumskäufe in den 80 bevölkerungsreichsten Städten Deutschlands im Jahr 2021 analysiert hat.

Wohneigentum: Berliner kaufen am meisten

So viele Wohnungen kauften die Bundesbürger in den acht bevölkerungsreichsten deutschen Städten im Jahr 2021

■ Veränderung gegenüber 2020 in Prozent ■ Käufe je 1.000 Einwohner



Während der Wohnungsmarkt 2020 von der Corona-Pandemie und den damit einhergehenden finanziellen Planungsschwierigkeiten geprägt war, stiegen die Wohnungskäufe der Bundesbürger – sei es von Selbstnutzern oder von Kapitalanlegern, die die Wohnungen vermieten wollen – im vergangenen Jahr in den insgesamt 80 Städten wieder, nämlich um 4,4 Prozent. Insgesamt wechselte bei 127.967 Wohnungen der Besitzer.

Es gibt dabei große Unterschiede: In der Hälfte der 80 Großstädte legten sich 2021 noch weniger Menschen Wohneigentum zu als im ersten Pandemiejahr. Demgegenüber stehen 16 Städte, in denen die Käufe im zweistelligen Prozentbereich zunahmen und die mehr als ein Drittel aller Käufe auf sich vereinen. Besonders in Berlin herrschte Kauffreude (Grafik Seite 6):

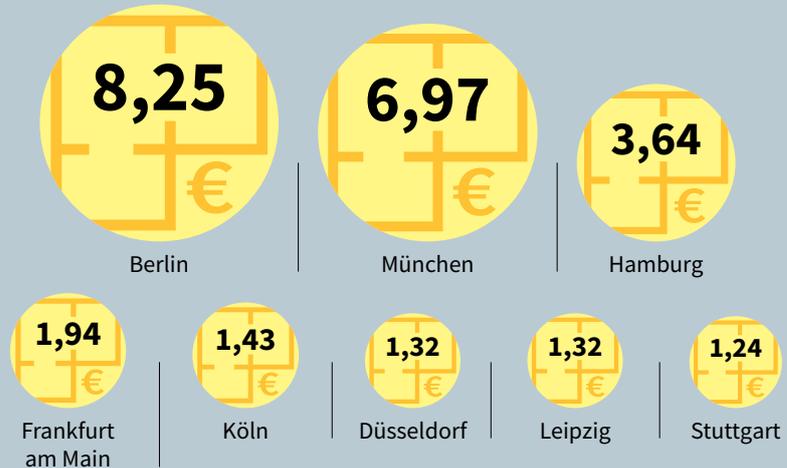
In der Bundeshauptstadt wurden 2021 mit annähernd 20.000 Wohnungen gut 20 Prozent mehr verkauft als im Jahr davor.

Auf Berlin entfielen damit mehr als 15 Prozent aller Wohnungskäufe in den untersuchten Städten. In München, im Kaufzahlen-Ranking auf Platz zwei, erhielten mehr als 11.000 Wohnungen einen neuen Besitzer. Auf Rang drei landete Hamburg mit circa 6.200 gekauften Wohnungen – die drei Städte mit den höchsten Verkaufszahlen sind damit, wenig verwunderlich, auch die drei bevölkerungsreichsten.

Die fünfthöchsten Wohnungen kauften die Menschen allerdings in Dresden – einer Stadt, die nicht zu den zehn größten in Deutschland zählt. Zusammen mit Leipzig auf Platz vier entfallen so gut 7 Prozent der Käufe auf die beiden sächsischen Nachbarn. Leipzig führt darüber hinaus bei den Wohnungskäufen je 1.000 Einwohner – mit Chemnitz erneut gefolgt von einer Stadt in Sachsen.

Wohnungskauf: Milliardenausgaben in deutschen Großstädten

So viele Milliarden Euro gaben die Bundesbürger in den acht bevölkerungsreichsten deutschen Städten im Jahr 2021 für Wohnungskäufe aus



Quellen: Accentro, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Betrachtet man die absoluten Ausgaben für Wohnungskäufe, sind die Top Acht identisch mit den acht bevölkerungsreichsten Städten. Sie sind auch die einzigen Städte in Deutschland, in denen die Einwohner 2021 jeweils mehr als 1 Milliarde Euro für Eigentum ausgaben. Die Kostenspanne zwischen ihnen ist dennoch groß (Grafik):

In Berlin lagen die Ausgaben für Wohnungskäufe im Jahr 2021 mit knapp 8,3 Milliarden Euro mehr als sechsmal so hoch wie in Stuttgart mit rund 1,2 Milliarden Euro.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Ausgaben in Berlin damit um rund ein Drittel. Den stärksten Anstieg verzeichnete Potsdam, wo sich die Ausgaben fast verdoppelten.

Die IW-Analyse unterstreicht die unverändert hohe Nachfrage nach Wohnraum in deutschen Großstädten (siehe auch Seiten 2–5). Um diese bedienen zu können, hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, jährlich den Bau von 400.000 neuen Wohnungen zu ermöglichen. Im Jahr

2021 entstanden allerdings nur 293.000 neue Wohnungen. Das sind zwar Neubauzahlen wie zuletzt zum Ende der 1990er Jahre, aber dennoch zu wenig, um den hohen Wohnungsbedarf decken zu können.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich aufgrund gestiegener Bauzinsen, hoher Materialkosten und dem Fachkräftemangel zurückgestellte Bauprojekte mehren. Der Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW) erwartet einen Rückgang bei den Fertigstellungen um 50.000 bis 75.000 Wohnungen pro Jahr. Gelingt es der Regierung nicht, diesem Einbruch entgegenzusteuern, wird sich der Wohnungsmangel in den kommenden Jahren verschärfen. In diesem Fall wäre auch in Zukunft mit weiter steigenden Preisen zu rechnen.

IW-Gutachten

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:
ACCENTRO Wohneigentumsreport 2022
iwkoeln.de/wohneigentumsreport

Die deutsche Wirtschaft schrumpft

IW-Konjunkturprognose. Die nach wie vor spürbaren Effekte der Corona-Pandemie und die Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine treiben die deutsche Wirtschaft in eine Rezession. Erst ab Mitte des Jahres 2023 ist wieder mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung zu rechnen. Den Arbeitsmarkt belastet die schwache Konjunktur allerdings vorerst nur moderat.

Gute Nachrichten? Fehlanzeige. Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft könnten derzeit kaum schlechter sein. Noch immer führt die Corona-Pandemie dazu, dass hiesige Unternehmen nicht zuverlässig mit Vorleistungen vor allem aus dem außereuropäischen Ausland beliefert werden, auch dürfte es weiterhin krankheitsbedingte Personalengpässe geben.

Hinzu kommt der russische Angriffskrieg in der Ukraine, dessen

Ende nicht abzusehen ist. Zu den Folgen für die deutsche Wirtschaft gehört, dass im kommenden Winter eine Mangellage bei der Gasversorgung keineswegs auszuschließen ist.

Doch selbst wenn gravierende Versorgungsengpässe vermieden werden können, belasten die hohen Energiepreise neben den privaten Haushalten auch die deutsche Industrie massiv. Ein Beispiel (Grafik):

Im August 2022 musste die deutsche Industrie für Erdgas fast

280 Prozent mehr bezahlen als ein Jahr zuvor, innerhalb von drei Jahren stieg der Erdgaspreis sogar um rund 600 Prozent.

Nicht nur Energie und andere Vorleistungsgüter haben sich verteuert. Um die Inflation zu bekämpfen, hat die Europäische Zentralbank die Leitzinsen erhöht. Damit werden Kredite, die die Firmen zum Beispiel zur Finanzierung von Investitionen benötigen, deutlich teurer.

Angesichts dieser ungünstigen Rahmenbedingungen geht das IW davon aus, dass das reale Bruttoinlandsprodukt ab dem dritten Quartal 2022 etwa ein Jahr lang sinken wird (Grafik Seite 9). Erst ab dem dritten Quartal 2023 ist wieder mit einem Aufwärtstrend zu rechnen – unter der Annahme, dass die vielfältigen Versorgungsprobleme mit ihren negativen Preiseffekten allmählich überwunden werden.

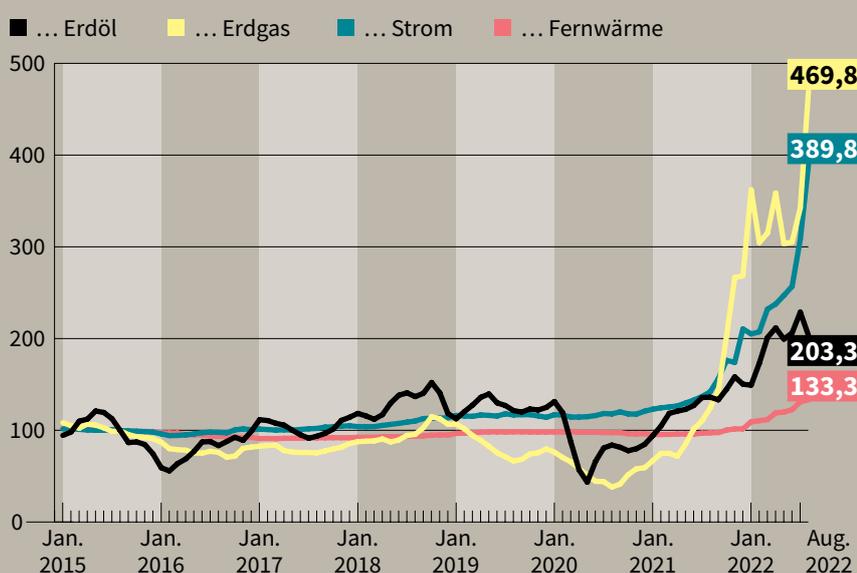
Unterm Strich wird das reale Bruttoinlandsprodukt aufgrund des guten Jahresstarts 2022 noch um knapp 1 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen, 2023 allerdings um 1 ¾ Prozent geringer ausfallen.

Im Detail entwickeln sich die wichtigsten Konjunkturaggregate wie folgt:

Privater Konsum. Im ersten Halbjahr 2022 haben die Verbraucher in Deutschland noch Ausgaben

Industrie: Energiekosten extrem gestiegen

Preise, die Industrieunternehmen für ... zahlen mussten, Jahresdurchschnitt 2015 = 100



Preise: gemäß Erzeugerpreisindex

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

nachgeholt, die ein Jahr zuvor aufgrund der coronabedingten Beschränkungen teils nicht möglich waren. Die privaten Konsumausgaben lagen deshalb preisbereinigt um 8 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Inzwischen verringern die steigenden Preise für Energie und viele andere Güter den finanziellen Spielraum der Bevölkerung erheblich. Die Konsequenz:

Während der reale private Konsum in diesem Jahr das Niveau von 2021 insgesamt um rund 3 Prozent übertrifft, ist für 2023 ein Rückgang um etwa 2 ¼ Prozent zu erwarten.

Dass das Minus nicht noch größer ausfällt, hat einen simplen Grund: Die Verbraucher greifen für ihren Konsumbedarf verstärkt auf Ersparnisse zurück.

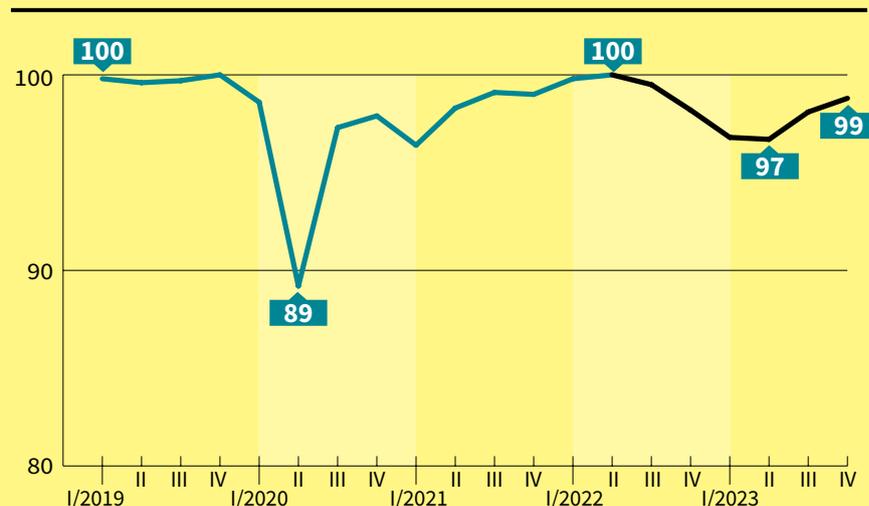
Investitionen. Aufgrund der vielfältigen Lieferprobleme, Kostensteigerungen sowie der allgemein unsicheren geopolitischen Lage setzt sich die bereits zuletzt schwache Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen fort (siehe iwd 19/2022). Die Unternehmen in Deutschland werden für Maschinen und andere geschäftlich genutzte Güter sowohl 2022 als auch 2023 preisbereinigt voraussichtlich nur rund 1 Prozent mehr ausgeben als im jeweiligen Vorjahr.

Im Bausektor führen Personalengpässe und Materialknappheiten zu erheblichen Produktionsproblemen. Zugleich haben potenzielle Häuslebauer wie auch gewerbliche Investoren mit den steigenden (Finanzierungs-)Kosten zu kämpfen (siehe Seiten 6-7). Als Resultat findet der langjährige Bauboom ein jähes Ende:

Für das laufende Jahr prognostiziert das IW einen Rückgang der realen Bauinvestitionen um mehr als 2 Prozent, 2023 dürfte ein weiterer Rückgang um knapp 1 ½ Prozent folgen.

IW-Konjunkturprognose: Die Rezession kommt

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, 4. Quartal 2019 = 100



Ab 3. Quartal 2022: IW-Prognose

Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

Betroffen sind davon sowohl der Wohnungsbau als auch gewerbliche Projekte sowie die Bauinvestitionen des Staates.

Außenhandel. Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die ohnehin labile globale Konjunktur weiter geschwächt – die Weltwirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr gerade mal noch um 2 ¾ Prozent und 2023 sogar nur um 2 Prozent zulegen.

Vor diesem Hintergrund kommen die realen deutschen Exporte im Jahr 2022 nicht über ein Plus von 1 ¾ Prozent hinaus.

Für das kommende Jahr ist insgesamt ebenfalls nur ein schwaches Wachstum von 1 ¼ Prozent zu erwarten, wenngleich sich das Auslandsgeschäft in der zweiten Jahreshälfte erholen dürfte.

Arbeitsmarkt. Der konjunkturelle Abschwung führt vorerst kaum zu stärkeren Beschäftigungseinbußen:

Im Juni 2022 lag die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen sogar um 1,4 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2021.

Im kommenden Jahr wird die Beschäftigtenzahl voraussichtlich weitgehend konstant bleiben. Sinken dürfte allerdings die durchschnittliche Arbeitszeit, weil die Unternehmen wieder verstärkt zur Kurzarbeit greifen. Die Arbeitslosenquote steigt gegenüber 2022 nur moderat von gut 5 ¼ auf 5 ¾ Prozent.

Für die längerfristige Entwicklung am Arbeitsmarkt wird es darauf ankommen, ob Wirtschaft und Politik die gegenwärtigen Belastungsfaktoren wie unterbrochene Wertschöpfungsketten und Energiepreisspitzen in den Griff bekommen und so die Gefahr einer Deindustrialisierung des Standorts Deutschland ausgeräumt werden kann. Gelingt dies nicht, droht auf längere Sicht eine erhebliche Zunahme der strukturellen Arbeitslosigkeit.

IW-Report 49/2022

IW-Kooperationscluster Makroökonomie und Konjunktur: Konjunkturreinbruch in Deutschland – IW-Konjunkturprognose Herbst 2022
iwkoein.de/konjunkturprognose_h2022

Starthilfe für Windparks

Erneuerbare Energien. In große neue Windparks zu investieren, birgt gewisse finanzielle Gefahren. Mit Förderinstrumenten wie Garantien senkt die EU die Risiken für Investoren. Doch in den Mitgliedsstaaten wird teils nur sehr verhalten auf die Hilfen zugegriffen. Vorn liegen vor allem Staaten mit ambitionierten Klimazielen.

Raus aus Kohle, Gas und Öl – das ist das erklärte Ziel der Europäischen Union. Der Ausbau von erneuerbaren Energien ist dazu essenziell. Große Infrastrukturprojekte wie Windparks können aber selten von einem Investor allein gestemmt werden. Vielmehr ist in der Regel ein Konsortium an einem solchen Projekt beteiligt, um die finanziellen Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen.

Die EU fördert die Transformation zusätzlich mit Mitteln aus dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) und seinem Nachfolger InvestEU. Die Gelder, darunter Garantien gegen Kreditausfälle, stellt die Europäische Investmentbank (EIB) bereit. So wird das

Risiko für private Investoren verringert und – so die Hoffnung der EU – insgesamt mehr Kapital für neue Projekte eingesetzt.

Das Förderprogramm hat bereits Erfolge erzielt. Für die Finanzierung von sechs Windparks in Deutschland wurden zum Beispiel Kredite der EIB in Höhe von fast 2,2 Milliarden Euro genutzt und durch weiteres privates und öffentliches Kapital ergänzt.

In absoluten Zahlen ruft Deutschland viel Budget ab. Gemessen an der eigenen Wirtschaftsleistung liegt die Bundesrepublik aber unter dem EU-Schnitt (Grafik):

Deutschland hat EU-Mittel in Höhe von 0,06 Prozent des eigenen BIP zur Finanzierung von Wind-

parks genutzt. Spitzenreiter Belgien kommt auf 0,3 Prozent.

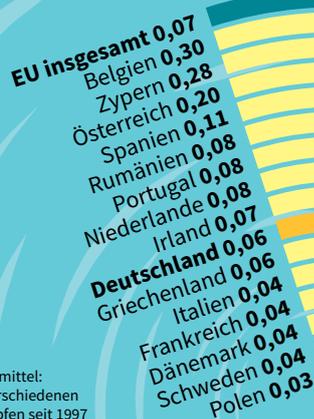
Mit Belgien und Österreich liegen zwei Länder unter den Top-Nationen, die ambitioniertere Klimaziele haben als viele andere EU-Mitglieder. Die Belgier wollen spätestens 2050 vollständig auf fossile Energieträger verzichten. Österreich setzt stark auf Wasserkraft und Biomasse und schaffte es so, im Jahr 2020 rund 84 Prozent der Primärenergieerzeugung mit erneuerbaren Energien abzudecken.

Vergleichsweise wenig EU-Fördermittel für den Bau von Windparks rufen Frankreich und Italien mit jeweils 0,04 Prozent des eigenen BIP ab. Die Franzosen setzen in ihrer Energiepolitik vor allem auf Kernkraft (siehe iwd 19/2022). 56 Atomkraftwerke sind dort aktuell im Einsatz.

Nicht außer Acht lassen darf man bei der Bewertung die geografischen Voraussetzungen. Länder mit Meerzugang haben potenziell mehr Möglichkeiten, groß angelegte Offshore-Windparks zu bauen. Dennoch lässt sich festhalten, dass sich die unterschiedlichen Bestrebungen der EU-Länder zur Energiewende durchaus in den beantragten Fördermitteln widerspiegeln.

EU-Gelder für Windenergie: Belgien ruft verhältnismäßig viel ab

Bei der Europäischen Investitionsbank abgerufene Fördermittel für Windparks in Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2021



Fördermittel:
aus verschiedenen
EU-Töpfen seit 1997

Quellen: Europäische Investitionsbank, Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2022 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 77/2022

Markus Demary: Europäische Förderinstrumente für Windenergie
iwkoeln.de/windenergie

Junge User sehen Machtfülle kritisch

Internetplattformen. Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe der großen Plattformunternehmen und sie überlassen den Konzernen viele Daten. Eine kritiklose Haltung bedeutet das allerdings nicht – eine deutliche Mehrheit der jungen User befürwortet die Pläne der Europäischen Union, die großen Plattformen stärker zu kontrollieren.

Chatten, posten, liken – im Schnitt sind Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren nach eigener Einschätzung 241 Minuten täglich online. Das Smartphone ist für 94 Prozent der Altersgruppe unverzichtbar, die beliebtesten Apps sind WhatsApp, Instagram und YouTube.

Damit gehören die jungen Leute zu den wichtigsten Kunden der großen Plattformunternehmen wie Meta und Alphabet (Google). Diese sollen in der EU nun stärker kontrolliert werden, gerade auch mit Blick auf Minderjährige. Dem Digital Services Act zufolge soll beispielsweise personalisierte Werbung, die

sich an Kinder und Jugendliche richtet, verboten werden. Zudem sollen die Plattformen härter gegen illegale Inhalte und Desinformation vorgehen. Der Digital Markets Act will darüber hinaus verhindern, dass die großen Netzfirmer ihre Marktmacht ausnutzen. Beide Regelwerke dürften binnen Kurzem formal in Kraft treten und ab Frühjahr 2023 schrittweise Gültigkeit erlangen.

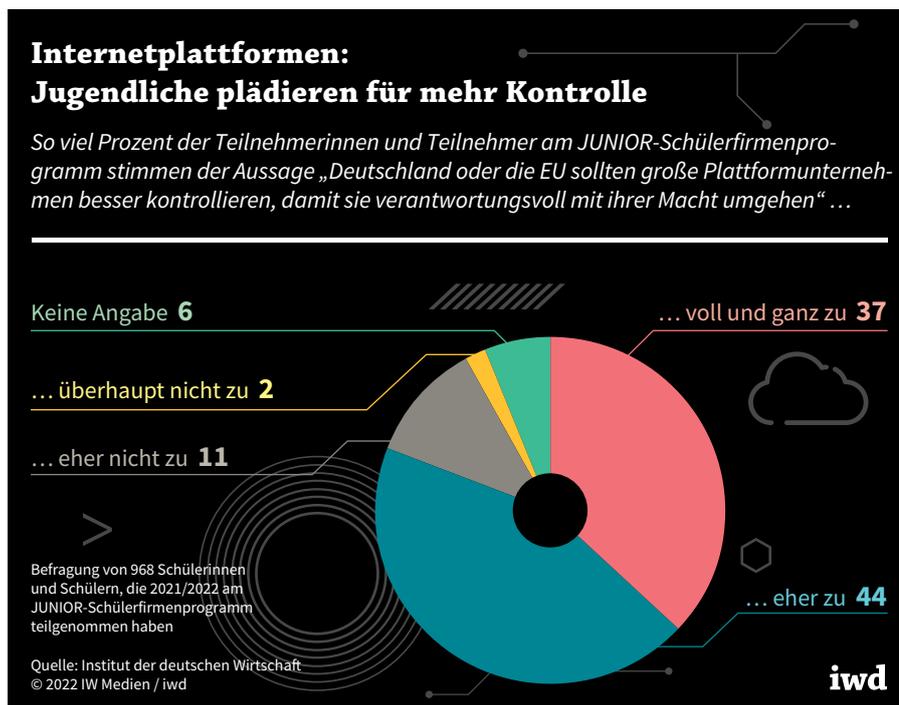
Bei den jungen Internetnutzern stößt dieses Vorgehen der Politik offenbar auf breite Zustimmung – zumindest die Mädchen und Jungen, die zuletzt am Schülerfirmenprogramm JUNIOR teilgenommen

haben, positionieren sich eindeutig (Grafik):

Über 80 Prozent der JUNIOR-Teilnehmer stimmen der Aussage zu, dass Deutschland oder die EU die großen Plattformunternehmen stärker kontrollieren sollten – lediglich 2 Prozent lehnen dieses Vorhaben vehement ab.

Ein Grund für dieses Ergebnis dürfte sein, dass 66 Prozent der befragten 13- bis 21-Jährigen meinen, die Internetkonzerne gingen nicht verantwortungsvoll mit ihrer Macht um. Zudem finden es 83 Prozent der Jugendlichen nicht gut, dass ihre Nutzerdaten bei wenigen großen Firmen zusammenlaufen – sie befürchten Datenmissbrauch.

Ganz widerspruchsfrei ist die Haltung nicht: Bereits 2018 zeigte eine Befragung im Rahmen von JUNIOR, dass die jugendlichen User zwar mehrheitlich den Datenschutz bei Online-Diensten als wichtig erachten, aber nicht bereit sind, dafür zu zahlen. Und die Kritik an den Plattformen führt in der Regel nicht zu einer Abkehr von deren Angeboten – vermutlich auch, weil WhatsApp und Co. als alternativlos wahrgenommen werden.



IW-Kurzbericht 76/2022
 Barbara Engels: Jugendliche fordern mehr Kontrolle für große Plattformunternehmen
iwkoeln.de/jugendliche_plattformen

Millionen mit Millionen

Vermögen. Jahr für Jahr beleuchtet die Schweizer Großbank Credit Suisse in ihrem Global Wealth Report die weltweite Vermögenssituation. Für 2021 belegt die Analyse viele positiven Veränderungen. Für negative Entwicklungen, die auch Deutschland betreffen, gibt es eindeutige Gründe.

Manche Zahlen sind schwindelerregend – und dadurch besonders faszinierend. Wahrscheinlich ist die Schweizer Großbank Credit Suisse mit ihrem Vermögensreport deshalb Jahr für Jahr medial so erfolgreich. Für 2021 attestiert der Report global knapp 62,5 Millionen Menschen ein Millionen-Vermögen (Grafik):

Die Zahl der Dollar-Millionäre hat weltweit von 2020 auf 2021 um über 5,1 Millionen Personen zugelegt.

Fast die Hälfte der Neu-Millionäre gab es in den USA, in China kamen

über eine Million hinzu, in Kanada immerhin noch mehr als 400.000.

Doch nicht in allen Ländern gab es mehr Reiche: Der größte Verlierer war Japan. Dort gab es 2021 fast 400.000 Dollar-Millionäre weniger als 2020. In Deutschland reduzierte sich die Zahl um 58.000. Allerdings spielt bei den Verlierern der Wechselkurs der heimischen Währung zum amerikanischen Dollar eine entscheidende Rolle – so notierte beispielsweise der Euro Ende 2020 deutlich stärker als Ende 2021. Das in Dollar umgerechnete Vermögen von Euro-

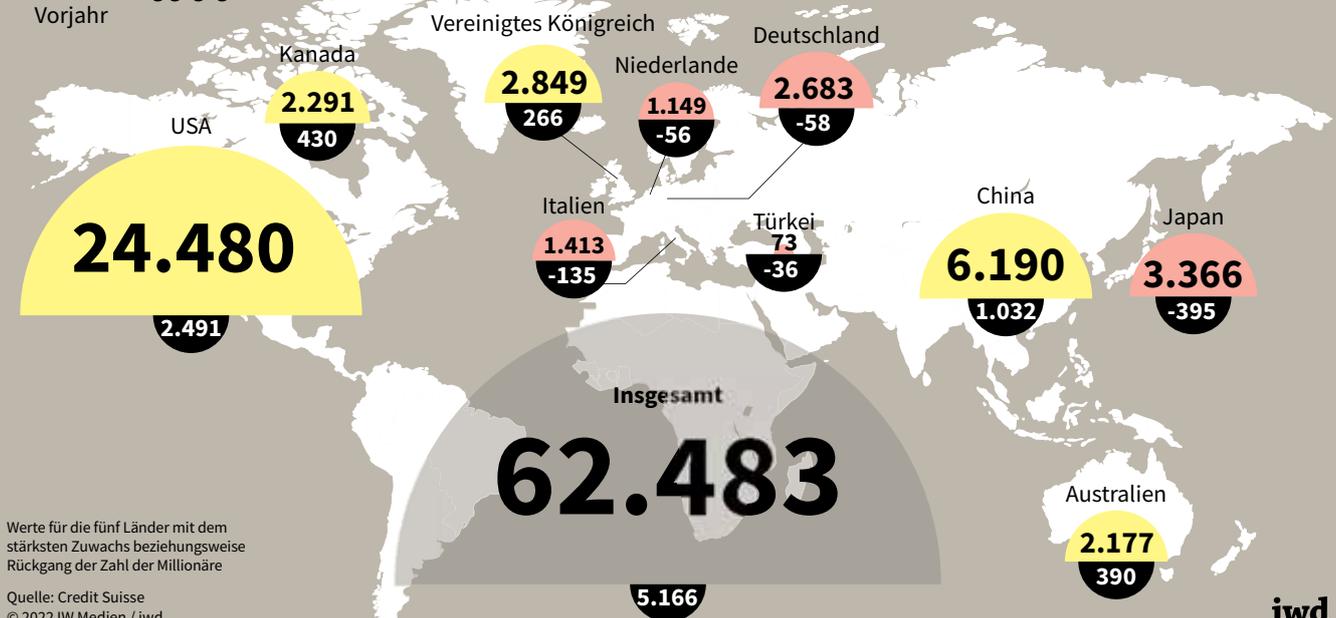
päern hat sich also entsprechend reduziert, selbst wenn sie noch genauso viel besitzen wie zuvor.

Bei der Gesamtzahl der Millionäre liegen die USA ebenfalls unangefochten an der Spitze – mit fast 24,5 Millionen sind es nahezu viermal so viele wie in China, das auf Platz zwei landet. Gleichwohl ist dieser zweite Platz mit Blick auf die rasante Vermögensentwicklung aufsehenerregend. Das zeigt auch eine andere Auswertung, die das Medianvermögen seit dem Jahr 2000 in den verschiedenen Weltregionen in den

Millionäre: USA an der Spitze

Zahl der Erwachsenen mit einem Vermögen von mehr als 1 Million Dollar im Jahr 2021 in 1.000

■ Veränderung gegenüber Vorjahr



Blick nimmt – also das Vermögen von jener Person, die genau in der Mitte stünde, wenn man alle Einwohner nach ihrem Vermögen aufreicht:

In China betrug das mittlere Vermögen im Jahr 2021 knapp 27.000 Dollar, im Jahr 2000 lag es bei etwas mehr als 3.000 Dollar – ein Plus von fast 800 Prozent.

In keiner anderen Region hat sich der Median so deutlich verschoben. In absoluten Zahlen steht Nordamerika weiterhin mit großem Abstand an der Spitze: Das Median-Vermögen lag 2021 dort bei fast 95.000 Dollar, gegenüber dem Jahr 2000 hat es sich allerdings nur etwas mehr als verdoppelt.

Beim Blick auf das Medianvermögen zeigen sich noch drei weitere zentrale Befunde:

1. Der Trend weist weltweit in dieselbe positive Richtung, nirgendwo sinkt das Individualvermögen.
2. Sowohl der afrikanische als auch der asiatisch-pazifische Raum haben sich deutlich besser entwickelt als der indische Subkontinent.
3. In Europa war der Anstieg des Medians, der sich von etwas mehr als 7.300 Dollar im Jahr 2000 auf annähernd 26.700 Dollar im Jahr 2021 entwickelte, recht steil. Das dürfte primär an der großen wirtschaftlichen Heterogenität der europäischen Staaten liegen, die sich im Rahmen der europäischen Integration nach und nach reduziert.

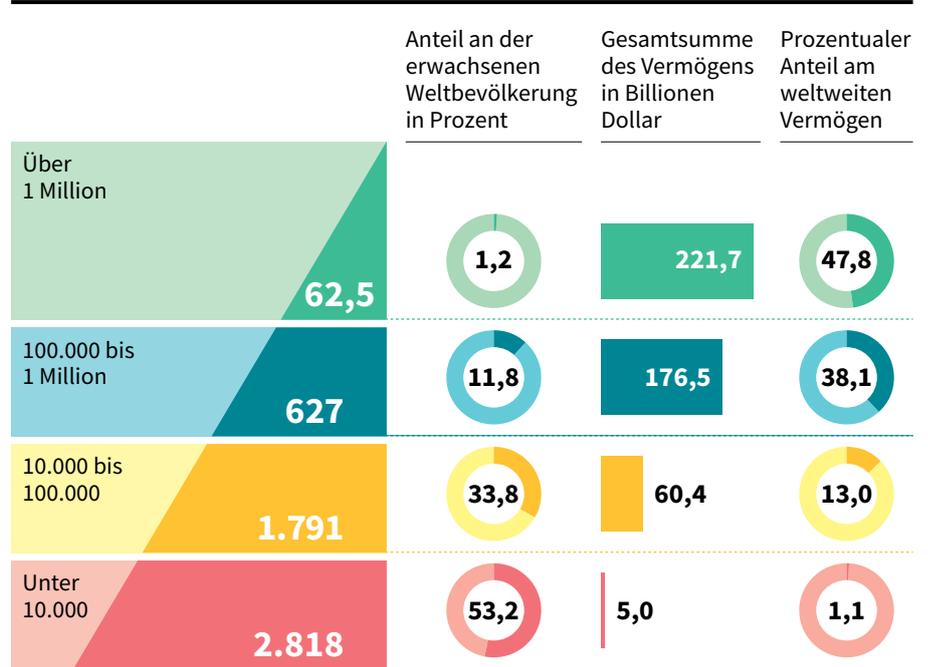
Apropos Heterogenität: Die gibt es bei den Vermögen natürlich im Vergleich einzelner Länder, aber auch mit Blick darauf, welcher Anteil der Weltbevölkerung welchen Anteil am globalen Vermögen besitzt.

Für diese Betrachtung bietet sich ein Blick auf das durchschnittliche Vermögen an:

Mit knapp 700.000 Dollar pro Erwachsenen sind die Schweizerinnen und Schweizer im Durchschnitt besonders vermögend.

Vermögen: Extremes Gefälle

So viele Millionen Erwachsene weltweit besaßen im Jahr 2021 ein Vermögen in dieser Höhe, in Dollar



Quelle: Credit Suisse © 2022 IW Medien / iwd

Die Schweiz landet damit vor den Vereinigten Staaten und Hongkong auf dem ersten Platz. Deutschland erreicht mit knapp 260.000 Dollar Rang 17.

Das durchschnittliche Vermögen berücksichtigt allerdings nicht das implizite Vermögen, also beispielsweise die Ansprüche gegenüber einer gesetzlichen Rentenversicherung. Diese Ansprüche jedoch machen es teilweise unnötig – beispielsweise in Deutschland – zusätzlich vollumfänglich privat für das Alter vorzusorgen. Und auch innerhalb eines Landes reduziert sich die Vermögensungleichheit deutlich, sobald gesetzliche Rentenansprüche mit eingerechnet werden (siehe iwd 16/2021).

Für gesellschaftlichen Sprengstoff sorgt dagegen immer wieder die Frage nach der globalen Vermögensverteilung. Denn in der Tat besitzen sehr wenige sehr viel, der Rest sehr wenig (Grafik):

Die 62,5 Millionen Millionäre – das sind 1,2 Prozent der Weltbevölkerung – verfügten im Jahr 2021 zusammen über ein Vermögen von knapp 222 Billionen Dollar. Das entsprach fast 48 Prozent des weltweiten Gesamtvermögens.

An der Basis der Vermögenspyramide hatten etwa 2,8 Milliarden Menschen ein individuelles Vermögen von maximal 10.000 Dollar. Obwohl diese Personengruppe über 53 Prozent der erwachsenen Weltbevölkerung ausmacht, kam sie in der Summe auf lediglich 5 Billionen Dollar Gesamtvermögen – gerade einmal 2,2 Prozent des Betrags aller Millionäre und Milliardäre.

Allerdings sollte bei all den Vergleichen nicht vergessen werden, dass Vermögen längst nicht immer frei verfügbar ist – meist steckt es in Unternehmen, Maschinen, Fahrzeugen, Rohstoffen oder Beteiligungen, also im Wirtschaftssystem und sichert so Jobs.

Es ruckelt auf der Schiene

Infrastruktur. Seit der Liberalisierung des Bahnverkehrs in den 1990er Jahren haben sich die Fahrgastzahlen im Nah- und Fernverkehr in Deutschland deutlich erhöht. Doch die Infrastruktur ist nicht im selben Maße gewachsen und erneuert worden. Die Folgen: häufige Verspätungen und Zugausfälle. Nun versucht die Deutsche Bahn gegenzusteuern.

„Die Bahn kommt“ – so warb die Deutsche Bahn vor zehn Jahren für sich. Der Slogan wirkt heute deplatziert. Denn Verspätungen und ausfallende Züge machen den Fahrgästen das Reisen auf der Schiene aktuell schwer. So erreichten im August nur knapp 60 Prozent aller Fernzüge der Deutschen Bahn ihr Ziel pünktlich.

Investitionsstau, teils marode Gleise und überlastete Streckenab-

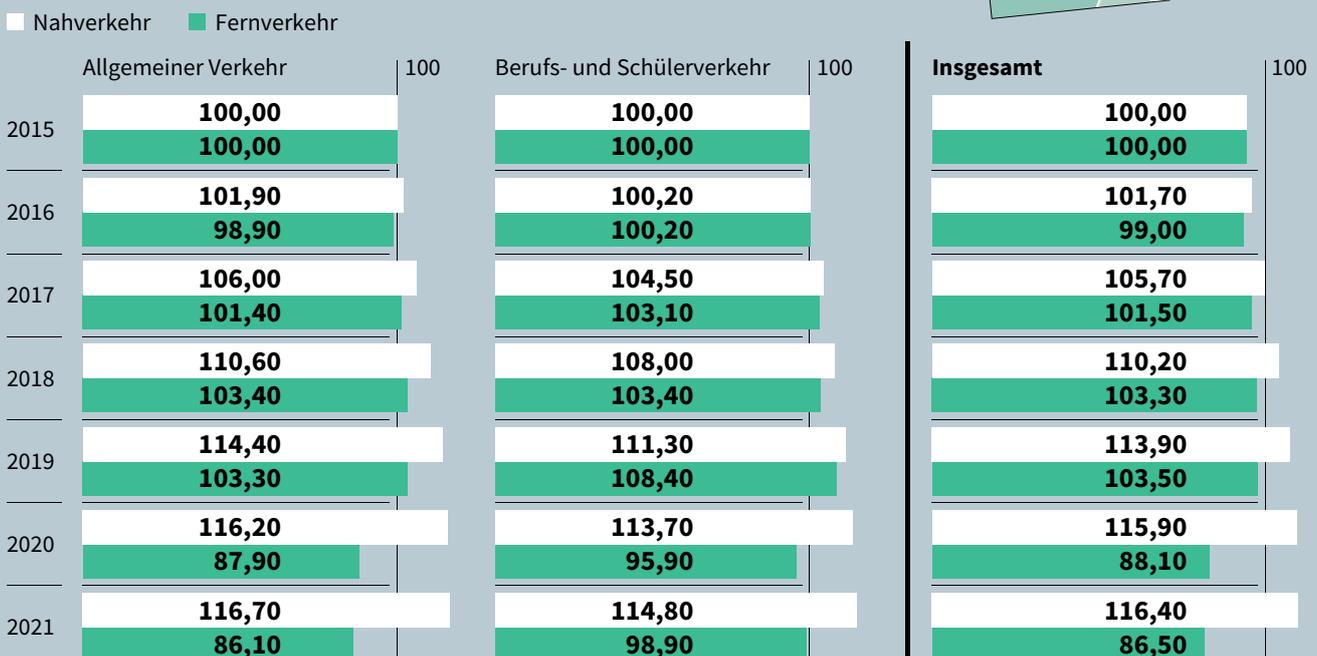
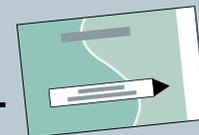
schnitte setzen dem Schienenverkehr zu. Der Zustand zeigt gewisse Parallelen zum Anfang der 1990er Jahre, als die Reichsbahn der früheren DDR und die Deutsche Bundesbahn zusammengeführt wurden. In einem schlechten Zustand waren sie beide. Die Liberalisierung sollte die Bahn damals für die Zukunft fit machen.

Um den Wettbewerb auf der Schiene ins Rollen zu bringen, wurde

anderen Bahnunternehmen erlaubt, Transportdienstleistungen anzubieten und dafür das Netz der Deutschen Bahn zu nutzen. Die Zuständigkeit für den schienengebundenen Personennahverkehr wechselte vom Bund zu den Ländern. Seitdem gilt das Bestellerprinzip: Bahnunternehmen bewerben sich um Dienstleistungen, die Länder oder die entsprechenden Verkehrsverbände vergeben die Aufträge.

Bahnverkehr: Kurzstrecken teurer, lange Fahrten günstiger

Verbraucherpreisindex für den deutschen Schienenverkehr, 2015 = 100



Quelle: Statistisches Bundesamt
© 2022 IW Medien / iwd

Rund 30 Jahre später lässt sich feststellen: Beim Nahverkehr hat sich ein funktionierender Wettbewerb entwickelt, auch wenn DB Regio immer noch dominant ist. Bezogen auf die Personenkilometer hat die Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn im Jahr 2019 immer noch einen Marktanteil von 72 Prozent. Günstiger geworden ist das Bahnfahren im Nahverkehr durch den Wettbewerb zuletzt aber nicht. Im Gegenteil (Grafik Seite 14):

Die Preise für Tickets für den Schienennahverkehr sind, gemessen am Niveau der Verbraucherpreise, seit 2015 um 16 Prozent gestiegen.

Zugenommen haben auch die Fahrgastzahlen. Vor der Corona-Pandemie im Jahr 2019 wurden rund 2,6 Milliarden Fahrten mit Nahverkehrszügen registriert, das ist ein Anstieg von mehr als 40 Prozent gegenüber 2004.

Im Fernverkehr, wo die Deutsche Bahn 96 Prozent aller Transportleistungen erbringt, stiegen ebenfalls mehr Menschen in die Züge. Im Jahr 2019 wurde erstmals die Marke von 150 Millionen Fahrten geknackt.

Konkurrenz hat die Bahn im Fernverkehr zwar nicht auf der Schiene, dafür aber auf der Straße. Fernbusse machen ihr seit 2013 besonders jüngere preisbewusste Kunden auf mittleren und längeren Strecken abspenstig, die zugunsten günstigerer Tarife auf Komfort und Geschwindigkeit verzichten.

Die Bahn hält mit Sparpreis-Kontingenten dagegen. Auch den Service hat sie verbessert: Da viele Fernbusunternehmen den Gästen freien Internetzugang anbieten, steht den Bahnreisenden in allen Fernzügen inzwischen ebenfalls kostenloses WLAN zur Verfügung.

Grundsätzlich ist das Interesse am Bahnfahren in Deutschland groß.

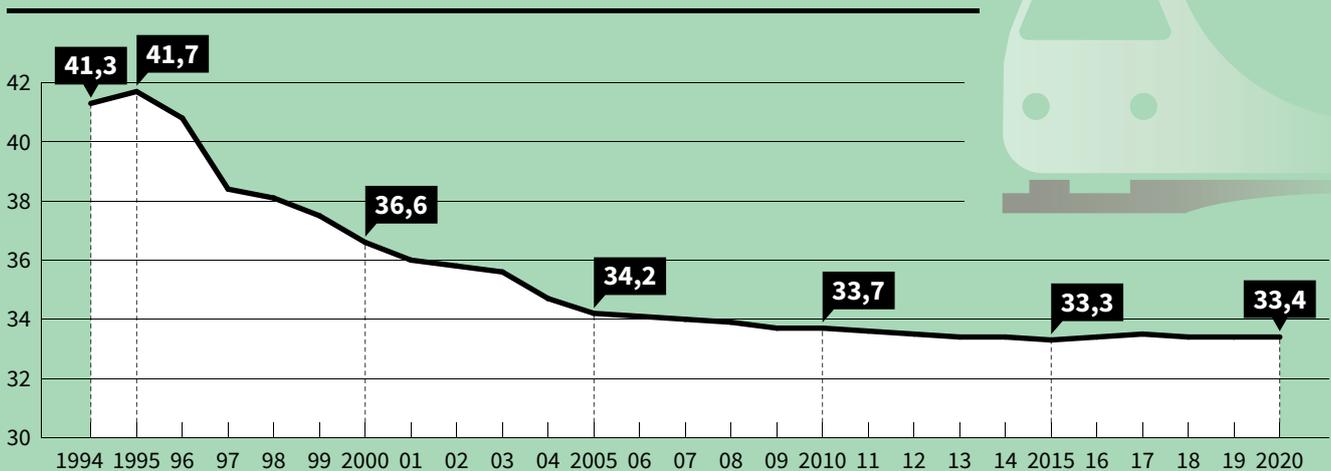
Das hat der Erfolg des 9-Euro-Tickets im Sommer 2022 gezeigt. Doch damit das Reisen auf der Schiene attraktiver wird, müssen die eingangs erwähnten Probleme gelöst werden. Das beginnt mit dem Ausbau des Netzes, denn dort ist seit Jahren kaum etwas passiert (Grafik):

Das deutsche Schienennetz ist zwischen 1994 und 2013 um gut 19 Prozent geschrumpft. Unrentable und wenig befahrene Strecken, vor allem im ländlichen Raum, wurden stillgelegt.

Seither stagniert die Streckenlänge nahezu. Die Deutsche Bahn setzt nun auf Modernisierung und Ausbau. Allein in diesem Jahr sollen rund 13,6 Milliarden Euro in Schienen, Weichen, Brücken und Bahnhöfe fließen, bis 2030 sollen es insgesamt 86 Milliarden sein. Da die Bauarbeiten im laufenden Betrieb stattfinden, werden Reisende allerdings weiterhin mit Verspätungen leben müssen.

Deutsches Schienennetz: Stillstand statt Ausbau

Streckenlänge der Deutschen Bahn AG in 1.000 Kilometern



Quelle: Bundesministerium für Digitales und Verkehr © 2022 IW Medien / iwd



Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber
 Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,19/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



Zahl der Woche**311.000**

Menschen haben 2020 in Deutschland Güter und Leistungen zum Schutz der Umwelt produziert, arbeiteten also in „Green Jobs“. Das waren 6.000 entsprechende Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr – ein Plus von 2 Prozent. In früheren Jahren entsandten jedoch im Schnitt je 18.000 Jobs neu, meldet das Statistische Bundesamt.

Mehr als ein Fünftel der grünen Arbeitsplätze stellt der Maschinenbau. Dort produzierten 68.500 Beschäftigte zum Beispiel Windkraftanlagen. Das waren allerdings gut 12 Prozent Beschäftigte weniger als 2019. Positiv war indes der Beschäftigungstrend im Baugewerbe und im Dienstleistungssektor – im Bau gab es fast 28 Prozent mehr grüne Jobs, bei den Dienstleistern ein Plus von mehr als 23 Prozent.

In den kommenden Jahren dürfte es über alle Branchen hinweg wieder mehr Arbeitsplätze geben, in denen erneuerbare Energien und der Umweltschutz im Mittelpunkt stehen – auch als Folge der aktuellen Energiekrise. Für 2021 hat IRENA, die Internationale Erneuerbare Energien Agentur, weltweit 12,7 Millionen Jobs in diesem Sektor ausgemacht – zwei Drittel davon in Asien und mehr als ein Drittel in der Solarenergiebranche.

Bis 2030 könnte es global laut IRENA-Prognose mehr als 38 Millionen grüne Jobs geben. Wird der Umstieg auf erneuerbare Energien weiter forciert, könnten es sogar bis zu 139 Millionen Arbeitsplätze werden.

Top-Liste: Fahrradproduktion in der EU

Fürs Fahrradfahren sind in Europa vor allem die Niederländer bekannt. Am meisten produziert wird aber in Portugal. Seit 2019 führt das Land die Fahrradproduktion in der Europäischen Union an. 2021 kam es mit rund drei Millionen gefertigten Rädern auf das Doppelte der in Deutschland hergestellten Menge. Zusammengebaut wurden die Fahrräder sowohl aus im Land hergestellten als auch importierten Teilen. Insgesamt wurden in der EU im vergangenen Jahr rund 13,5 Millionen Fahrräder produziert – ein Anstieg von 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Davon gingen Zweiräder im Wert von 921 Millionen Euro in den Export. Die Importe aus Nicht-EU-Ländern – darunter vor allem Kambodscha und Taiwan – hatten einen mehr als doppelt so hohen Wert.

Fahrradproduktion: In Portugal am höchsten

So viele Fahrräder wurden im Jahr 2021 in dem jeweiligen EU-Land gefertigt

Portugal	2.880.757
Italien	1.874.349
Deutschland	1.427.174
Polen	1.155.651
Spanien	552.929
...	
Schweden	76.392
Belgien	43.477
Finnland	27.975
Kroatien	23.679
Dänemark	2.320

Irland, Litauen, Luxemburg, Malta, Österreich, Slowakei, Slowenien, Zypern: Daten nicht verfügbar
Estland, Irland: keine Produktion

Quelle: Eurostat
© 2022 IW Medien / iwd